



FORUM

für Migrantinnen und Migranten
der Landeshauptstadt Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/6283

Vorsitzende: Dursiye Ayyıldız
E-Mail: Dursiye@gmail.com
Kiel, den 03.09.2021

Innenausschuss
Frau Barbara Ostmeier
Vorsitzende
Per E-Mail: Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kommunalwahlrecht für alle einführen

Antrag der Abgeordneten des SSW - Drucksache 19/3073 (neu)

Für ein zeitgemäßes Wahlrecht

Alternativantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 19/3108

Sehr geehrte Frau Ostmeier,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit dem Schreiben vom 30.07.2021 wurde das Forum für Migrant_innen der LH Kiel gebeten zu den o.g. Anträgen Stellung zu nehmen. Dieser Bitte gehen wir gerne nach und bedanken uns herzlich.

Das Forum begrüßt die Anträge zur Erweiterung der Wahlberechtigung für die Kommunalwahlen für Drittstaatler_innen sowie die Wahlberechtigung auf Landesebene für Unionsbürger_innen.

Dieses Thema der Wahlberechtigung beschäftigt das Forum schon seit mehreren Jahren. Viele Gespräche wurden geführt, aber leider ohne Erfolg, da dies eine Bundesangelegenheit ist. Daher unterstützen wir die Politik sehr gerne in dieser Sache.

Wenn wir über Integration reden, sollten wir nicht nur Integration fordern sondern diese auch fördern. Ein sehr wichtiger Schritt wäre, das Wahlrecht auf die Kommunale Ebene für Drittstaatenangehörige und Staatenlose zu erweitern. Die Partizipationsmöglichkeit fördert die Integration, da es das Interesse der Bevölkerung zur Politik weckt.



FORUM

für Migrantinnen und Migranten
der Landeshauptstadt Kiel

Ein Wahlrecht auch für die dauerhaft hier lebenden Bürgerinnen aus Drittstaaten ist ein so wichtiger und leider immer wieder in Vergessenheit geratene Partizipationsmöglichkeit. Aber nicht nur die Partizipation spielt hierbei eine große Rolle. Die Menschen werden sich hier endlich (viele nach mehr als 40 Jahren!) angekommen und endlich von der Gesellschaft und Politik akzeptiert, wie alle anderen bisher Wahlberechtigten.

Nicht nur Kiel sondern auch das Land Schleswig-Holstein wirbt mit Weltoffenheit. Dafür sollten wir auch als Gesellschaft stehen zu hundert Prozent stehen.

In Schleswig-Holstein gibt es bereits Partizipationsmöglichkeiten in der Politik für Menschen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit, wie zum Beispiel die Foren und Runden Tische. Diese sind jedoch „nur“ in migrationspolitischen Themen aktiv. Welche Straßen saniert werden oder die Unterstützung der Partei, die man unterstützen will, liegt außerhalb der Partizipationsmöglichkeit von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Um so die Integration beidseitig zu fördern ist der Schritt die Kommunalwahlen auch für Drittstaatler_innen zu ermöglichen ein sehr wichtiger Schritt. Somit werden sich diese Menschen endlich angekommen und wahrgenommen fühlen. Sie können aktiv an der Politik teilnehmen, was auch bedeutet, dass die Wahlbeteiligung steigen wird.

Das Land Schleswig-Holstein hat mit der Zusammenarbeit von verschiedenen Verbänden, Vereinen und Foren und Runden Tischen ein Integrationsgesetz beschlossen. Für dieses Gesetz haben besonders wir Ehrenamtlichen unsere freie Zeit geopfert und haben für eine bessere Zukunft und ein besseres und gerechtes Zusammenleben gearbeitet. Daher möchten wir uns auch auf dieses Gesetz beziehen. Insbesondere in



FORUM

für Migrantinnen und Migranten
der Landeshauptstadt Kiel

§3 heißt es: „Ziele sind insbesondere: die Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere in der lokalen Gemeinschaft, zu ermöglichen, zu fördern und zu gestalten“. Das Kommunalwahlrecht auch für Drittstaatler_innen, genau damit würde die Landesregierung diesen Grundsatz erfüllen.

Ich möchte Ihnen aus Erfahrung von persönlichen Gesprächen über Einbürgerungen berichten: Die Menschen, die sich gegen eine Einbürgerung entschieden haben, haben dies nicht aus Intoleranz oder negativen Gedanken gegenüber diesem Land gemacht. Die Staatsangehörigkeit ist meistens die letzte Verbundenheit zu ihrem Herkunftsland. Deutschland haben die meisten schon als Heimat angenommen, ihre Arbeit, ihre Familien ihr ganzes Leben ist meist seit Jahrzehnten hier. Sie zahlen ihre Steuern, haben Eigentum, die Kinder genießen hier die Schul- und Ausbildung oder das Studium, engagieren sich im Ehrenamt, leben in Harmonie und Vielfalt in der deutschen Gesellschaft. Aber trotzdem fühlen sie sich irgendwie ausgeschlossen. Sie dürfen nicht mitentscheiden. Mit einem Wahlrecht für Drittstaatler_innen in der Kommunalwahl und dem Wahlrecht für EU-Bürger_innen für die Landtagswahl, wird diesen Menschen die Möglichkeit zur Partizipation gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Dursiye Ayyildiz

Vorsitzende